



Von Ibiza bis zur Chat-Causa: Was sich ändern muss

In Österreich bedarf es einiger Neuerungen, um die Transparenz in der Politik zu erhöhen. Ein Gesetz zum besseren Informationszugang fordern vor allem Journalisten schon seit Langem.

KONSTANTIN SCHÄTZ

WIEN. Private Chats zu gefälschten Umfragen, geschredderte Festplatten aus dem Kanzleramt und heimlich gefilmte Gespräche über die Übernahme der „Kronen Zeitung“: Skandale prägten die österreichische Politik der vergangenen Jahre. Und sie belegten, dass die heimische Politik vor allem eines ist: wenig transparent. Mit einigen Regeln und Maßnahmen könnte aber Einblick gewährt werden – in das, was etwa in Ministerien passiert.

Ein erster Schritt wäre nach Angaben von Datenschutzrechtler und Netzpolitik-Experten Thomas Lohninger von epicenter.works eine klare Regelung der dienstlichen Kommunikation. „Private Kommunikation muss klar von dienstlichen Angelegenheiten getrennt werden“, fordert er. Dass Politik über den privaten WhatsApp-Account gemacht wird, würde damit unterbunden werden – oder zumindest verboten. Auch aus sicherheitstechnischen Gründen empfiehlt Lohninger die Trennung. Schließlich könne man staatliche E-Mail-Adressen und Diensthandys leichter mit entsprechenden Vorkehrungen vor illegalen Zugriffen von außerhalb schützen als private Smartphones.

Neben dieser strikten Trennung muss laut Lohninger auch die Aufbewahrung dienstlicher Kommuni-

kation geregelt werden. Die derzeitigen Regelungen über das Bundesarchivgesetz seien „zahnlos“ und würden kaum Nachvollziehbarkeit sicherstellen. „Das hat man anhand der Aktenvernichtungen nach dem letzten erfolgreichen Misstrauensantrag 2019 gesehen“, erklärt er. Mit Blick in Länder wie Großbritannien, in denen die Aufbewahrung von Dienstkommunikation strikt geregelt ist, wünscht er sich für Österreich klarere Bedingungen. Es müsse etwa geregelt werden, in wel-



BILD: SINPRESSECLUB CONC.

„Eine Kultur, die nichts offenlegt.“

Daniela Kraus, Presseclub Concordia

chem Rahmen und wie lange dienstliche Kommunikation archiviert werden muss, fordert der Datenschützer. Dies sei derzeit nicht der Fall. „Nur wenn alles, was die öffentliche Hand tut, öffentlich einsehbar und kontrollierbar ist, können wir Korruption und Mausechelen zurückdrängen“, erklärt er.

Ein weiterer wichtiger Schritt, um Transparenz in der Politik zu erhöhen, wird von österreichischen Journalistinnen und Journalisten bereits seit Jahren gefordert: das Informationsfreiheitsgesetz. Dieses

würde sicherstellen, dass Behörden interessierten Bürgern und Journalisten Auskunft zu amtlichen Informationen geben müssen. Derzeit sei es in Österreich eher umgekehrt, erklärt Daniela Kraus vom Presseclub Concordia. „Es ist unglaublich schwierig, an Informationen von Behörden und der Verwaltung heranzukommen.“ In Österreich würde eine Kultur vorherrschen, in der erst einmal nichts offengelegt werde, erklärt sie. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz – oder sogar eine Pflicht zur aktiven Veröffentlichung von Informationen – könne ein Kulturwandel stattfinden, erklärt Kraus.

Einen ersten Entwurf eines solchen Gesetzes legte die Bundesregierung vergangenen Februar vor. Die darin enthaltenen Punkte bewerteten aber viele als nicht ausreichend. Mathias Huter, Obmann der Organisation Forum Informationsfreiheit, die sich für die Einführung eines solchen Gesetzes starkmacht, kritisiert insbesondere die vorgesehene Frist für Behörden, Informationen auszugeben. Vier Wochen könnten diese sich Zeit nehmen, um Einblick in die angeforderten Informationen zu gewähren. „Wenn die Behörden vier Wochen – auf Anfrage können sie diese Frist sogar verlängern – in Anspruch nehmen, dann entziehen sie Journalisten und Zivilgesellschaft die

Möglichkeit, rasch Informationen zu aktuellen Diskussionen einzuholen“, erklärt Huter. Seine Organisation fordert deshalb eine Frist von zwei Wochen. Behörden in Österreich würde damit ähnlich viel Zeit gegeben werden wie EU-Institutionen, die innerhalb von 15 Tagen Auskunft geben müssen. „Die Behörden in Estland haben eine Frist von fünf Tagen“, ergänzt Huter.

Auch von Behörden gibt es Kritik an dem Entwurf. Sie befürchten, dass sie mit der Pflicht zur Ausgabe von Informationen überfordert sein könnten. „Wir fordern deshalb eine zentrale und verantwortliche Kompetenz- und Kontrollstelle, wie es sie in Ländern wie Irland, Deutschland oder Slowenien gibt“, sagt Huter. An diese könnten sich etwa Gemeinden wenden, die mit einer Anfrage konfrontiert sind. Insbesondere das Nachbarland Slowenien sei hier Vorbild, sagt Huter: „Hier ist die Stelle besonders stark und kann Behörden sanktionieren, in denen keine Informationen ausgegeben oder Daten sogar gelöscht wurden.“

Wann das Informationsfreiheitsgesetz kommen könnte, ist derzeit nicht klar. Letzter Stand: Im Juli sagte Verfassungsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP), dass man die Einwände der Behörden prüfen wolle, damit die Verwaltung auch künftig funktionsfähig bleibe.

Trump gründet eigenes soziales Netzwerk

Ex-Präsident will mit „Truth Social“ Twitter Konkurrenz machen.

WASHINGTON. Der frühere US-Präsident Donald Trump will ein alternatives soziales Netzwerk gründen: „Truth Social“ heiße die Plattform, kündigte Trump an. Er betonte, genug Geld für die Gründung eines börsennotierten Medienkonzerns gesammelt zu haben. Im November solle das Netzwerk für geladene Gäste starten, Anfang 2022 landesweit. Ziel sei es, der „Tyrannei“ der großen Tech-Unternehmen die Stirn zu bieten.

Twitter, Facebook und YouTube hatten Trumps Konten im Jänner kurz vor dem Ende seiner Amtszeit gesperrt. Auslöser war der Sturm auf das US-Kapitol durch Anhänger Trumps. Der Ex-Präsident hatte Sympathie für die Angreifer bekundet und ohne Belege behauptet, um den Sieg bei der Präsidentenwahl betrogen worden zu sein. SN, APA/dpa



Donald Trump

BILD: SN/AFP

Rekord: Deutsche nutzen Medien 13 Stunden pro Tag

BERLIN. Die Deutschen chatten, mailen und schauen auch 2021 so viel fern wie nie zuvor. Nach dem Rekord 2020 gibt es nun einen neuen Höchstwert, wie am Donnerstag aus einer Forsa-Umfrage (3000 Personen) hervorgeht. So verbringen die 14- bis 69-jährigen 10,5 Stunden pro Tag mit Massenmedien wie TV, Internet und Radio. Mit der Individualkommunikation (Telefon, Mail, Messengers, SMS) sind es 13 Stunden. Das sind 20 Minuten mehr als noch 2020. SN, APA

Nach der großen Aufregung folgt das große Nichts

In den vergangenen Tagen gab es genug Anlässe, um über das eigene Kommunikationsverhalten nachzudenken. Doch ändert sich wirklich etwas?

Haben Sie jüngst nach „Chatverlauf löschen“ gegoogelt? Falls ja, sind Sie beileibe nicht der einzige Österreicher oder die einzige Österreicherin. Wie die Google-Trends-Charts belegen, stieg allein am 6. Oktober, also jenem Tag, an dem die Chataffäre um Sebastian Kurz aufkam, das Suchinteresse hierzulande deutlich an. Die absoluten Zahlen sind zwar nicht öffentlich, aber das Verhältnis liegt bei 1 zu 100 im Vergleich zu den Tagen davor.

Die Chataffäre war einer von mehreren Anlässen der vergangenen Wochen, die wohl viele über ihr Kommunikationsverhalten haben nachdenken lassen. So fiel Anfang des Monats Facebook für sechs Stunden aus. Mit der Folge, dass es nicht mehr möglich war, Nachrichten via WhatsApp oder Facebook Messenger zu schicken. Parallel wurden neue Vorwürfe zu Facebook publik. Etwa, dass der Konzern in Kauf genommen haben soll, dass Kinder durch seine Dienste psychischen Schaden nehmen.

Doch tut sich durch all die Anlassfälle wirklich etwas? Stellt die breite Masse ihr Kommu-

nikationsverhalten um? Offenbar nicht. Von Facebook selbst gibt es zwar keine Angaben – auf Anfrage verwies der Social-Media-Riese lediglich auf seine Quartalszahlen. Aber die heimischen Mobilfunkanbieter können messen, ob sich im Nutzerverhalten was geändert hat. Und das war nach Auskunft von A1, Magenta und Drei nur am Tag des Facebook-Ausfalls feststellbar. Bei A1 stieg an jenem 4. Oktober die SMS-Nutzung – als Alternative zu WhatsApp – um 150 Prozent, bei Drei waren es gar 200 Prozent. Am Tag danach lag die Zahl der versendeten SMS aber schon wieder auf dem Vorniveau. Magenta ließ auf SN-Anfrage indes auch die Tage danach auswerten, also die Hochphase um die Vorwürfe gegen Facebook sowie der Chataffäre. Das eindeutige Fazit des Mobilfunkanbieters: „keine Auswirkung“.

Dieses Bild passt zu jenem, das sich schon nach den unzähligen Facebook-Skandalen in den vergangenen Jahren gezeigt hat: Zunächst gab es einen kurzen Aufschrei. Doch nur wenige Nutzer wechselten wirklich auf andere Ka-

näle. Offenbar sind die Vorteile, die die Facebook-Dienste bieten, für viele dann doch zu schlagend. Vor allem das Argument, dass man nur via WhatsApp schier jeden Kontakt erreicht – im Gegensatz zu Alternativdiensten wie Signal, Threema oder Telegram.

Aber was ist mit jenen Nutzern, denen die Reichweite egal ist? Und denen es vielmehr darum geht, dass ihre Nachrichten nicht von Dritten gelesen werden? Zumindest diese sollten sich überlegen, ob sie ihr Kommunikationsverhalten umstellen. Denn sogar die guten alten SMS sind zumindest in einem Punkt sicherer: Während bei WhatsApp-Nachrichten niemand wirklich weiß, was Facebook damit tut, liegen SMS nur bei Sender und Empfänger. Denn die Mobilfunkanbieter dürfen diese nicht speichern. Selbst mit einer richterlichen Anordnung wäre es also nicht möglich, den Inhalt versendeter SMS auf diese Weise auszugraben.

Anregungen um die Digitalwelt?
RALF.HILLEBRAND@SN.AT

KLICKFIT
Ralf Hillebrand

